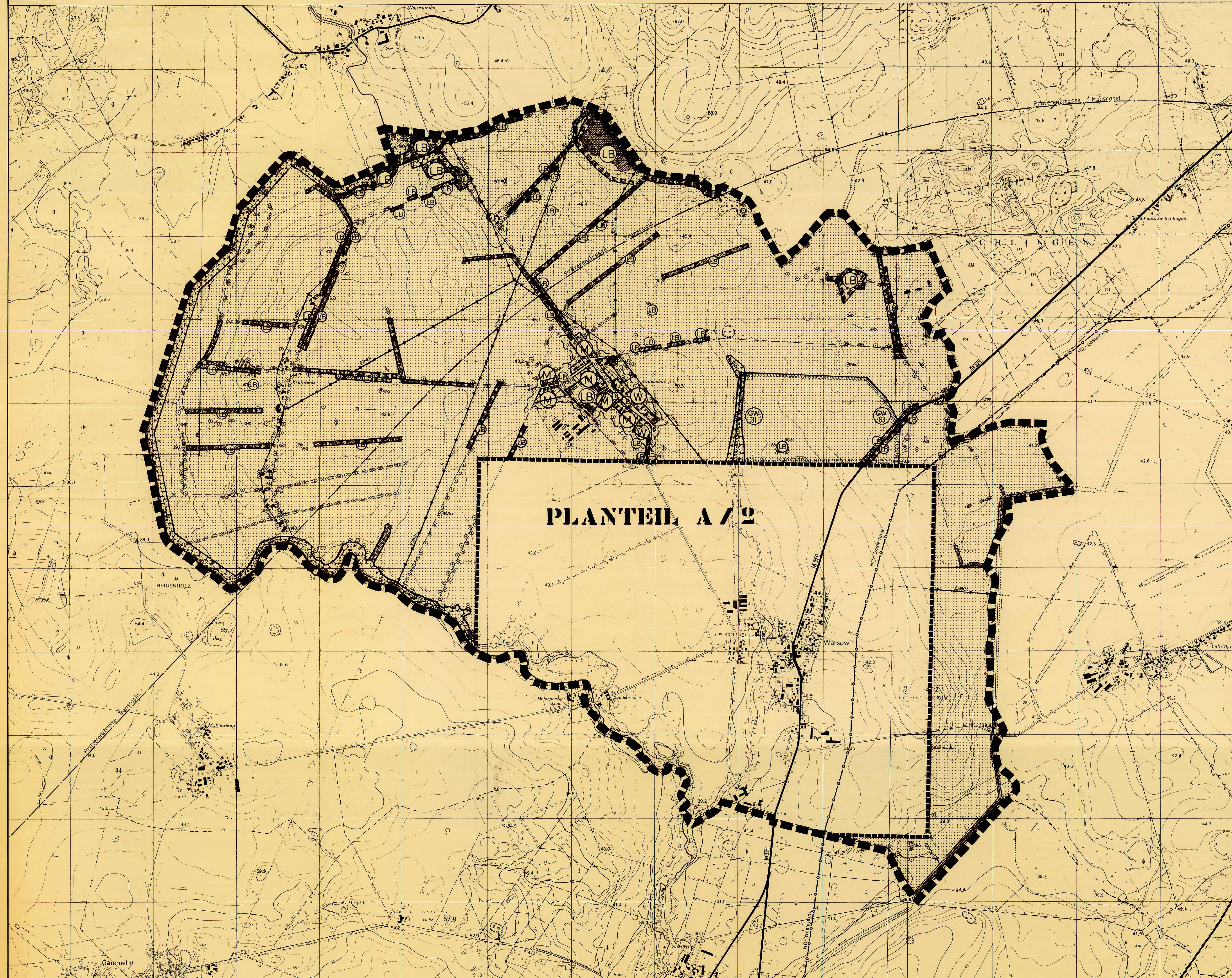
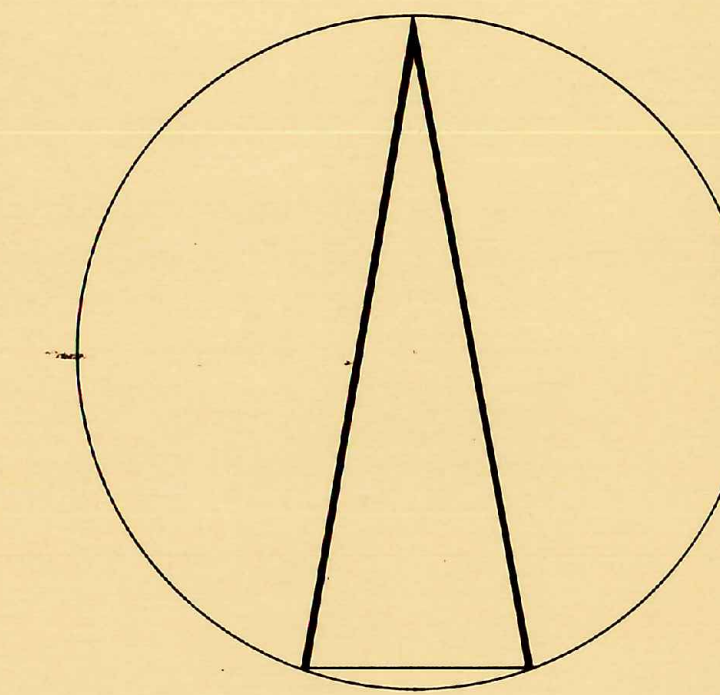


FLÄCHENNUTZUNGSPLAN GEMEINDE WARSAW

PLANTEIL A/1

M. 1 : 10 000



PLANTEIL A/2

PRÄMBEL ZUM FLÄCHENNUTZUNGSPLAN

Aufgrund des § 1 Abs. 3 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung vom 08. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2353), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 23.11.1994 (BGBl. I S. 3486), hat die Gemeindevertretung der Gemeinde Warsaw den Flächennutzungsplan, bestehend aus der Planzeichnung (2 Blätter A1 und A2) und dem Erläuterungsbericht beschlossen.

.....den

Bürgermeister

stellv. Bürgermeister

PLANZEICHEN

1. Art der baulichen Nutzung
(§ 5 Abs. 2 Nr. 1, § 9 Abs. 1 Nr. 1 des Baugesetzbuchs -BauGB-;
§ 1 bis 11 der Bauutzungsverordnung -BauVO-)

1.1. Wohnbauflächen
(§ 1 Abs. 1 Nr. 1 BauVO)



1.2. Gemischte Bauflächen
(§ 1 Abs. 1 Nr. 2 BauVO)

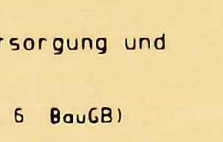


6. Verkehrsflächen
(§ 9 Abs. 1 Nr. 11 und Abs. 5, BauGB)

6.1. Straßenverkehrsflächen



7. Flächen für Versorgungsanlagen, für die Abfallentsorgung und
Abwasserbeseitigung, sowie für Ablagerungen
(§ 5 Abs. 2 Nr. 4 und Abs. 4, § 9 Abs. 1 Nr. 12, 14 und Abs. 5, BauGB)



Zweckbestimmung

Elektrizität



8. Hauptversorgungs- und Hauptabwasserleitungen
(§ 5 Abs. 2 Nr. 4 und Abs. 4, § 9 Abs. 1 Nr. 13 und Abs. 5, BauGB)

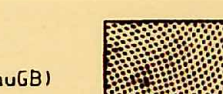
oberirdisch



unterirdisch



9. Grünflächen
(§ 5 Abs. 2 Nr. 5 und Abs. 4, § 9 Abs. 1 Nr. 15 und Abs. 5, BauGB)



Spielfeld



10. Wasserflächen und Flächen für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz
und die Regelung des Wasserabflusses
(§ 5 Abs. 2 Nr. 7 und Abs. 4, § 9 Abs. 1 Nr. 16 und Abs. 5, BauGB)

10.1. Wasserflächen



10.3. Umgrenzung der Flächen mit wasser-
rechtlichen Festsetzungen



Zweckbestimmung z.B.

Schutzgebiet für Grund- und
Bauwasserentnahme

- Zone III, Einzugsgebiet



12. Flächen für Landwirtschaft und Wald
(§ 5 Abs. 2 Nr. 9 und Abs. 4, § 9 Abs. 1 Nr. 18 und Abs. 5, BauGB)

12.1. Flächen für die Landwirtschaft

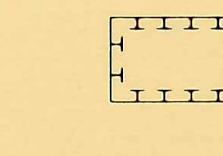


12.2. Flächen für Wald



13. Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum
Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft
(§ 5 Abs. 2 Nr. 10 und Abs. 4, § 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 und Abs. 5, BauGB)

13.1. Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen
zum Schutz, zur Pflege und zur
Entwicklung von Natur und Landschaft
(§ 5 Abs. 2 Nr. 10 und Abs. 4,
§ 9 Abs. 1 Nr. 20 und Abs. 5, BauGB)



13.2. Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern
sowie Bindungen für Bepflanzungen
und für die Erhaltung von Bäumen und Sträuchern
(§ 9 Abs. 1 Nr. 25 und Abs. 5, BauGB)

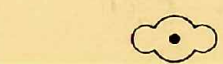


Erhaltung z.B.

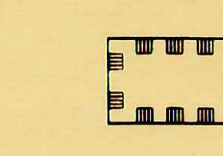
Bäume



Sträucher



13.3. Umgrenzung von Schutzgebieten und
Schutzobjekten im Sinne des Naturschutzrechts
(§ 5 Abs. 4, § 9 Abs. 6, BauGB)



Schutzgebiete und Schutzobjekte

Geschützter
Landschaftsteil

gem. §§ 2 und 3, NatSchG M-V

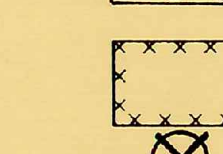


15. Sonstige Planzeichen

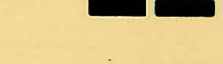
15.1. Umgrenzung der Bauflächen, für
die eine zentrale Abwasserbe-
seitigung nicht vorgesehen ist
(§ 5 Abs. 2 Nr. 1 und Abs. 4, BauGB)



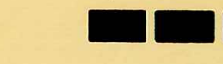
15.12. Umgrenzung der für bauliche Nutzungen
vorgesehenen Flächen, deren Boden erheblich
mit Umweltgefährdenden Stoffen belastet wird
(§ 5 Abs. 3 Nr. 3 und Abs. 4, BauGB)



Bearbeitungsgrenze
Flächennutzungsplan Blatt A/2



Gemeindegrenze
Prövenzstrasse Transrapid



Rechtsgrundlagen:

- Bundesraumordnungsgesetz (ROG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 19.07.1989, geändert durch den Einigungsvertrag vom 31.08.1990
- Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 08.12.1986, zuletzt geändert durch das Gesetz für Magnet- und Schweissbahnen vom 23.11.1994 (BGBl. I S. 3486)
- Wohnungsbauordnungsgesetz (WohnbVO) vom 17.05.1990 mit Maßnahmen zum Baugesetzbuch (BauGB - Maßnahmen G)
- Baumutzungsverordnung (BauMVO) vom 23.01.1990, geändert durch Einigungsvertrag vom 31.08.1990
- Planzeicherverordnung 1990 (PlanzVO) vom 18.12.1990
- Landesbauordnung des Landes Mecklenburg-Vorpommern (LBauO M-V) vom 26.04.1994
- Landesplanungsgesetz Erstes Landesraumordnungsprogramm (LROP) für M-V
- Regionales Raumordnungsprogramm (RRÖP) Westmecklenburg

unter Beachtung:

- des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) vom 12. März 1987
- Erstes Gesetz zum Naturschutz im Land Mecklenburg-Vorpommern vom 10.01.1992
- Vorläufiges Gutachterliches Landschaftsprogramm Mecklenburg-Vorpommern (Stand Januar 1992)

VERFAHRENSVERMERKE

Die Gemeindevertretung hat in ihrer Sitzung am 11.02.1994 die Aufstellung des Flächennutzungsplanes beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB am 12.02.1994 öffentlich bekanntgemacht.

Warsow den 12.02.1994

Jules

Der Bürgermeister



Die Gemeindevertretung hat in ihrer Sitzung am 29.01.1998 den Entwurf des Flächennutzungsplanes und den Erläuterungsbericht zugestimmt und seine öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen.

Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am 23.03.1998 ortsüblich bekanntgemacht. Der Entwurf des Flächennutzungsplanes und des Erläuterungsberichtes haben vom 09.08.1998 bis zum 10.05.1999 gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszuiegen.

Warsow den 12.02.1999

Jules

Der Bürgermeister



Die Gemeindevertretung hat nach Prüfung der Anregungen und Bedenken gemäß § 3 Abs. 2 BauGB den Flächennutzungsplan nebst Erläuterungsbericht in ihrer Sitzung am 06.08.98 beschlossen.

Warsow den 12.02.1999

Jules

Der Bürgermeister



Die Gemeindevertretung ist in der Genehmigungserklärung vom 05.01.1999 aufgeführten Auflagen und Maßgaben in seiner Sitzung am 04.02.1999 beigegeben.

Warsow den 12.02.1999

Jules

Der Bürgermeister

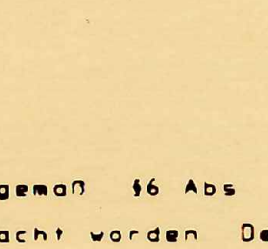


Der Flächennutzungsplan ist mit Verlagsnummer 1308-512-MA-54-M1 mit Maßgaben und Auflagen gemäß § 6 BauGB genehmigt.

Warsow den 12.02.1999

Jules

Der Bürgermeister

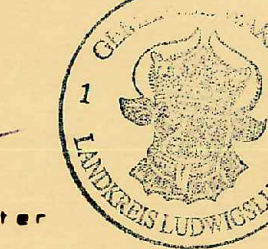


Die Genehmigung des Flächennutzungsplanes ist gemäß § 6 Abs. 5 BauGB am 22.02.1999 ortsüblich bekanntgemacht worden. Der Flächennutzungsplan ist damit am 23.02.1999 wirksam geworden.

Warsow den 12.02.99

Jules

Der Bürgermeister



Innerhalb eines Jahres nach Wirksamwerden des Flächennutzungsplanes ist die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften beim Zustandekommen des Flächennutzungsplanes nicht geltend gemacht worden.

den

Der Bürgermeister

Innerhalb von 7 Jahren nach Wirksamwerden des Flächennutzungsplanes sind Mängel in der Abwägung nicht geltend gemacht worden.

den

Der Bürgermeister

Planungsstand: März 1998 / Januar 1999